Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung



# Unsere Welt



 $Bundeskanzler in \ Angela \ Merkel \ und \ Pr\"{a}sident \ François \ Hollande \ umarmen \ sich \ 2015 \ auf \ dem \ Gipfeltreffen \ in \ Minsk. \ Quelle \ zVg.$ 

#### **Acht Jahre Vorbereitung**

### **Der Westen wollte Krieg**

Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel gab in einem Interview zu, dass der Westen die Friedensverhandlungen im ukrainischen Bürgerkrieg ab 2014 bewusst hintertrieb. François Hollande und Jens Stoltenberg haben die Äusserungen von Merkel inzwischen bestätigt. Für die Friedenskräfte gilt jedoch weiterhin, an der Forderung nach Friedensverhandlungen festzuhalten.

#### Von Tarek Idri

Das Minsker Abkommen war ein Vertrag zwischen der ukrainischen Regierung und den Aufständischen im Donbass, bei dem Russland, Deutschland und Frankreich tragend mitwirkten. Dieses Abkommen hätte den ukrainischen Bürgerkrieg ab 2014 beenden und den offenen Krieg zwischen Russland und der Ukraine verhindern können – wenn es denn eingehalten und umgesetzt worden wäre. Das Abkommen umfasste einen Waffenstillstand, eine Entmilitarisierung der Grenze zwischen der Ukraine und Russland sowie die Dezentralisierung der Ukraine und mehr Autonomie für die Donbass-Region.

Nun wurde bekannt, dass es den westlichen VerhandlungspartnerInnen beim Minsker Abkommen nie ernsthaft um Frieden gegangen ist. Es ging ihnen darum, Zeit zu schinden, damit die Ukraine aufgerüstet werden konnte und sie genug Waffen in die Ukraine liefern können für einen zukünftigen Krieg. Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, die an den Verhandlungen beteiligt war, erklärte vor Kurzem in einem Interview mit der Wochenzeitung «ZEIT», dass das Minsker Abkommen bloss ein «Versuch» war, «der Ukraine Zeit zu geben», «um stärker zu werden». Laut Merkel hätte Putin nämlich die Ukraine damals militärisch «leicht überrennen können» und die NATO-Staaten hätten nichts tun können.

#### **Eine Atempause**

Bisher war von der westlichen Seite das Minsker Abkommen stets als ehrliche Bemühung um den Frieden dargestellt worden, welches jedoch angeblich von der russischen Regierung unter Putin nicht eingehalten wurde. Das gegenteilige Eingeständnis Merkels hat entsprechend Staub aufgewirbelt und unter anderem in Russland grosse Bestürzung ausgelöst. Der russische Präsident Wladimir Putin reagierte auf das Merkel-Interview mit den Worten, dass er stets davon ausgegangen sei, dass die deutsche Regierung «es ehrlich mit uns meint». «Ja, natürlich waren sie auf der Seite der Ukraine. Sie haben sie unterstützt. Aber ich hatte den Eindruck, dass die Führung Deutschlands immer aufrichtig eine Einigung auf der Grundlage der vereinbarten Prinzipien angestrebt hat, die auch im Rahmen des Minsk-Prozesses erreicht wurden», so Putin. Der Kreml-Chef fügte hinzu, er sei stets offen für Verhandlungen gewesen und habe dies wiederholt betont.

Mittlerweile hat sich auch der ehemalige französische Präsident François Hollande, der in Minsk ebenfalls verhandelt hatte, zum Interview mit Merkel geäussert. Auf die Frage des «Kyiv Independent», ob Hollande glaube, dass die Verhandlungen in Minsk dazu gedient haben, «den russischen Vormarsch in der Ukraine zu verzögern», antwortete er: «Ja, Angela Merkel hat in diesem Punkt Recht.» Der Westen habe laut Hollande das Abkommen als «Atempause» genutzt und dadurch «die russische Offensive für eine gewisse Zeit gestoppt». Laut Hollande war es das «Verdienst» des Minsker Abkommens, der ukrainischen Armee die Möglichkeit zu geben, «ihre militärische Position zu stärken». Zuletzt hat auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Aussagen von Merkel bekräftigt. In erstaunlicher Offenheit erklärte Stoltenberg im Februar 2023, dass der Ukraine-Krieg nicht erst letztes Jahr ausgebrochen sei: «Der Krieg begann im Jahr 2014. Und seit 2014 haben die NATO-Verbündeten die Ukraine mit Ausbildung und Material unterstützt, so dass die ukrainischen Streitkräfte im Jahr 2022 viel stärker waren als im Jahr 2020 oder 2014.»

#### «Gefährlicher Fatalismus»

Mit diesen klaren Worten der westlichen VerhandlungspartnerInnen wird deutlich, dass der Krieg in der Ukraine seit mehreren Jahren vorbereitet worden war und die ukrainische Regierung bei der Kriegsvorbereitung Unterstützung erhielt. Unter diesen Umständen rückt die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen scheinbar in weite Ferne. Putin hat zwischenzeitlich die Feststellung gemacht, dass es «ein Fehler war, dem Minsker Abkommen zuzustimmen. und dass das Donbass-Problem damals mit Waffengewalt hätte gelöst werden müssen». Auch kommt erschwerend hinzu, dass Selenski Friedensverhandlungen mit Putin im Oktober per Dekret verboten hat.

Diese Ausgangslage sollte trotzdem nicht dazu führen, dass die Friedenskräfte die Forderung nach Friedensverhandlungen einfach begraben. Heribert Prantl, Kolumnist der «Süddeutschen Zeitung», nennt es einen «gefährlichen Fatalismus», wenn man Verhandeln wegen mangelnder Verhandlungsbereitschaft nicht in Betracht ziehe: «Man kann und soll Verhandlungsbereitschaft auch herbeiverhandeln. Dieser Plan ist viel aussichtsreicher als der Plan, Frieden herbeizubomben.» Für alle Friedensbewegten gilt deshalb weiterhin, an der Forderung nach Frieden in der Ukraine mittels Verhandlungen und Diplomatie festzuhalten.

Unsere Welt SFB, Riehentorstr. 27 Postfach, 4001 Basel 46. Jahrgang
Nr. 1 – 2023
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

### **Aus dem Inhalt**

2
3
4
5
6
7
8

**Petition wurde eingereicht** 

### JA zur Neutralität, NEIN zur Annäherung an die NATO!

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat am 17. Januar die Petition «JA zur Neutralität, NEIN zur Annäherung an die NATO!» mit über 1300 Unterschriften dem Bundesrat übergeben. Die Schweizer Regierung wird damit aufgefordert, sich beim Ukraine-Konflikt mit allen Mitteln für Dialog und Entspannung einzusetzen und die NATO-Annäherung zu beenden.

Seit fast einem Jahr führen Russland und die Ukraine mit Unterstützung der NATO einen offenen Krieg gegeneinander. Diesem Krieg gingen acht Jahre Bürgerkrieg in der Ostukraine voraus. Zehntausende von Menschen haben in diesem Konflikt bereits ihr Leben verloren. Und statt sich für eine friedliche Lösung einzusetzen, wird der Konflikt weiter angeheizt durch Waffenlieferungen, wirtschaftliche Aggressionen und Säbelrasseln. Statt dass man verhandelt, schlichtet und die Lage beruhigt, - wird gehetzt, provoziert und weiter eskaliert. Dadurch manövriert man uns direkt in einen dritten Weltkrieg hinein! Es ist dringend nötig, dass die Bevölkerung in Europa, in der Schweiz ihre Regierungen zwingt, endlich ernsthaft für den Frieden und internationale Entspannung einzustehen.

#### **Dialog und Entspannung**

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat die Petition «JA zur Neutralität, NEIN zur Annäherung an die NATO» lanciert und innerhalb von wenigen Wochen über 1300 Unterschriften gesammelt. Mehr als 1300 Menschen in der ganzen Schweiz fordern den Bundesrat damit laut und deutlich auf, sich mit allen Mitteln für Dialog und Entspannung einzusetzen. Aus Sorge um den internationalen Frieden, das Ansehen der Schweiz und die soziale Sicherheit der Völker fordern wir den Bundesrat und die Bundesbehörden auf:

– die Tradition der Neutralität unseres Landes zu respektieren,

- auf jede weitere Annäherung an die NATO zu verzichten,
- auf Sanktionen zu verzichten und sich stattdessen für Friedensverhandlungen und eine diplomatische Lösung einzusetzen.

Die Schweizer Regierung hat mit ihrem Verhalten im letzten Jahr gezeigt, wie sie leichtfertig das Prinzip einer humanitären, friedlichen Aussenpolitik über Bord wirft. Der Bundesrat hat die EU-Sanktionen und -Embargos blind übernommen und sich damit dem völkerrechtswidrigen Wirtschaftskrieg gegen Russland angeschlossen. Bundesrätin Viola Amherd hat auch ihre Absichten offengelegt, in Zukunft Militärübungen zusammen mit der NATO abzuhalten und weitere Schritte auf die NATO zuzugehen. Damit hat sich die Regierung unmissverständlich auf eine bestimmte Kriegsseite gestellt, nämlich auf die Seite der NATO und der USA. Der Bundesrat hat mit seinem Agieren der letzten Monate dem internationalen Ansehen der Schweiz, ihrem Ruf als neutrales, friedliches Land immens geschadet. Wir und alle Friedenskräfte in der Schweiz müssen dieser Politik einen Riegel vorschieben. NEIN zur Annäherung an die NATO! NEIN zur Eskalation! NEIN zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung! NEIN zur Beteiligung am Wirtschaftskrieg! JA zur Neutralität! JA zu Dialog und Entspannung! JA zu Friedensverhandlungen und Waffenstillstand! Wir wollen eine friedliche Lösung des Konflikts, und zwar jetzt!

Schweizerische Friedensbewegung



Unsere Welt 2 März 2023



«Nein zur NATO». Grossdemonstration gegen den NATO-Gipfel in Madrid, 2022. Quelle zVg.

#### Gefährlicher Kriegstreiber

### **NATO** auflösen!

Die NATO ist ein Kriegsbündnis mit Atomwaffen. Sie ist ein negativer Faktor, destabilisiert die Welt und nimmt nun auch China ins Visier. Das ist eine gefährliche Sackgasse. Ein Kommentar.

#### Von Kate Hudson

Weit davon entfernt, eine Kraft für Frieden und die Verteidigung der Demokratie zu sein, bleibt die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) ein Nuklearwaffen besitzendes Kriegsbündnis, deren Agieren Krieg, globale Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Brutalität erzeugt. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Militärallianz sowohl ihre Einflusssphäre als auch die Reichweite ihrer Aktivitäten ausgedehnt und damit die internationalen Beziehungen destabilisiert.

Der Krieg in der Ukraine, welcher durch die NATO in vieler Hinsicht provoziert wurde, hat wiederum die Aktivitäten der Allianz in Europa bedeutend erhöht, und gleichzeitig auch zu einer gesteigerten Präsenz in der Asien-Pazifik-Region und anderen Teilen der Welt geführt.

Die Wahrheit ist, dass der militärische Expansionismus der Allianz

die Kriegswahrscheinlichkeit erhöht, und uns alle weniger sicher macht. Am Ende des Kalten Krieges wurde der Warschauer Pakt aufgelöst, die NATO aber nicht. Anstatt ihre globale militärische Präsenz einzuschränken, wurden die USA aktiv, um die von ihrem alten Rivalen aufgegebenen Positionen selbst zu füllen. Während die Länder Osteuropas den Kapitalismus und Mehrparteiensysteme übernahmen, zielten die USA sehr schnell darauf ab, diese Länder – darunter auch einige ehemalige Sowjetrepubliken - mittels NATO in ihre militärische Einflusssphäre zu integrieren. Diese Expansion hat zur Steigerung der internationalen Spannungen beigetragen, da Russland sich immer mehr durch NATO- und US-Militärbasen umringt sieht.

In den letzten Jahren hat die NATO diese Situation verschlimmert, indem sie der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft in Aussicht stellte, und Militärbasen in Osteuropa errichtete. Aber die Aktivitäten der NATO beschränkten sich nicht nur auf die Expansion durch neue Mitgliedsländer.

1999 wurde bereits ein strategisches Konzept der NATO angenommen, das die bisherige Rolle des nordatlantischen Kriegsbündnisses durch die Möglichkeit von offensiven «Out of area»-Einsätzen erweiterte, die überall in Eurasien stattfinden können. In der Folge hat sich die NATO eine immer stärkere globale Rolle angemasst und sich oft als Kraft für humanitäre Hilfe inszeniert. Der Krieg der Allianz in Afghanistan hat 20 Jahre gedauert. Die NATO weitet ihren Einfluss auch nach Lateinamerika aus, wo Kolumbien beispielsweise als «globaler Partner» auserkoren wurde. Die NATO-Militärmaschinerie hat auch Afrika erreicht: Libyen wurde 2011 zerstört – mit schrecklichen Folgen. Die Allianz führte im letzten Jahrzehnt Operationen am Horn von Afrika aus, und versucht nun, durch Kooperationen mit der Afrikanischen Union weiter Fuss zu fassen. Unlängst wurde sogar der Weltraum zu einer Operationssphäre für die Allianz erklärt – man greift sogar nach den Sternen.

#### Die atomare Militärallianz

Die NATO ist eine atomare Militärallianz mit drei Nuklearwaffenstaaten als Mitgliedern - den USA, Grossbritannien und Frankreich. Zusätzlich sind weiterhin rund 150 Atombomben vom Typ B61 in fünf Ländern Europas stationiert - in Belgien, den Niederlanden, Italien, Deutschland und der Türkei, und es scheint so, als ob solche Waffen künftig auch in Grossbritannien gelagert werden sollen. Die B61 sind sogenannte taktische Atomwaffen, die eingesetzt werden könnten, sollte die NATO in den Krieg in der Ukraine eingreifen. Sie haben die rund 20-fache Sprengkraft der Hiroshima-Atombombe. Die Konsequenzen eines Einsatzes von Waffen mit solcher Wirkung werden sich nicht auf die Ukraine begrenzen lassen.

Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 beschloss das Kriegsbündnis abermals ein erneuertes strategisches Konzept, in dem im Kontext des Ukraine-Krieges offen die globalen Ambitionen der Organisation formuliert wurden. Es gibt eine Intensivierung des Fokus auf Russland und dessen «Eindämmung», vor allem mithilfe einer substanziellen Verstärkung der militärischen Präsenz an dessen Grenzen in Osteuropa.

Gleichzeitig wird die langfristige Orientierung, die Nordatlantikpakt-Organisation auch am militärischen Aufmarsch gegen China zu beteiligen, weitergeführt. Die NATO betont Repression in der Ukraine

### Freiheit für die Brüder Kononovich!

In der Ukraine sind zwei Brüder verhaftet und gefoltert worden, nur weil sie Antifaschisten und Kommunisten sind. Es ist an der Zeit, dass die beiden freigelassen werden.

#### Von Stefano Araújo

Es war der 6. März 2022, als die Brüder Oleksandr und Mykhail Kononovich in Kiew vom ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU) verhaftet wurden. Den Brüdern wird unbegründet vorgeworfen, Spione im Dienste der Russen und Weissrussen zu sein. Doch wer sind die Brüder Kononovich? Oleksandr und Mykhail sind Mitglieder des Ukrainischen Antifaschistischen Komitees und führende Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands der Ukraine, der Jugend der Ukrainischen Kommunistischen Partei. Es sei daran erinnert, dass nach dem Euromaidan-Putsch 2014 alle kommunistischen Organisationen für illegal erklärt wurden, ebenso wie eine beträchtliche Anzahl antifaschistischer Organisationen und Bewegungen. Seit fast neun Jahren gibt es in der gesamten Ukraine eine Welle der antikommunistischen und anti-antifaschistischen Repression. Der Fall der Verhaftung der Brüder Kononovich ist daher Teil dieser repressiven Dynamik zur Ausschaltung der Opposition.

#### **Keine Verteidigung**

Monatelang gab es keine weiteren Nachrichten über das Schicksal der beiden Genossen. Bereits im März 2022 hatte der Weltbund der Demokratischen Jugend (WFDY) einen internationalen Aufruf zur Freilassung der beiden Brüder und zur Untersuchung ihres Zustands gestartet. Auch aus der Schweiz wurde in den gleichen Tagen ein Aufruf der Kommunistischen Jugend (Schweiz) mit ähnlichen Forderungen lanciert, dem sich unter anderem die Schweizerische Friedensbewegung SFB anschloss.

Im Dezember 2022 kam die erste positive Nachricht: Die Brüder wurden nach monatelanger Haft unter Hausarrest gestellt. In Videobeweisen erzählen die beiden Genossen, wie sie monatelang gefoltert wurden, ihnen das Minimum an Lebensbedingungen vorenthalten wurde und sie ohne jegliche Grundlage und ohne Recht auf Verteidigung angeklagt wurden. In Erwartung des Berufungsverfahrens vom 17. Februar 2023 gegen die neuen Haftvorschriften berichteten die Brüder von einem versuchten Axtangriff durch Rechtsextremisten, darunter ein Polizist, der versuchte, in ihre Wohnung einzudringen, um sie zu ermorden. Darüber hinaus beschlossen die Behörden in Kiew, die Bankkonten auf den Namen der beiden Genossen zu sperren, so dass sie keine Lebensmittel oder Medikamente mehr kaufen können.

#### Wo bleibt die Linke?

Dies ist die schreckliche Situation, in der sich die Kononovich-Genossen befinden, verhaftet, ohne konkrete Beweise und einen echten Prozess. Sie werden vom ukrainischen Geheimdienst gefoltert, nur weil sie militante Antifaschisten und Kommunisten sind. Es ist wichtig, die ukrainischen Behörden weiterhin zu drängen, die beiden Brüder ein für alle Mal freizulassen. Wir fragen uns auch: Wo bleibt die europäische Linke, der die Menschenrechte so wichtig sind? Warum spricht sie nicht über den Fall der beiden Brüder? Warum ruft sie nicht zur Unterstützung auf? Warum fordert sie die Behörden nicht auf, die beiden Kameraden freizulassen? Und vor allem: Sind das die vielgepriesenen europäischen Werte, die der Westen den ukrainischen Behörden zuschreibt? Einige begründete Zweifel drängen sich geradezu auf.

La versione originale dell'articolo può essere letta in italiano su: www.friedensbewegung.ch/italiano



 $\label{eq:Die Brüder Kononovich. Quelle zVg.} Die \textit{Brüder Kononovich. Quelle zVg.}$ 

nunmehr zugleich die politische Dimension der Allianz, mit Einheit und Geschlossenheit in der Frage, wie der Westen seine globale Dominanz in Zeiten des ökonomischen Aufstiegs von China erhalten kann.

Die Antwort des Bündnisses ist, dass es die Volksrepublik China nun als Rivalen über alle politischen Sphären hinweg behandelt, und eben nicht nur als ökonomischen Konkurrenten. Die Gefahr ist, dass ein solcher Expansionismus im Militärischen, welcher Russland schon in die Enge getrieben hat, nun auch gegen China angewendet werden soll. Eine solche Strategie wird nicht helfen, einen Krieg zu verhindern, sondern bringt die Gefahr mit sich, dass ein Krieg ausgelöst wird. Zusammen mit der um sich greifenden Militarisierung in den Gesellschaften der NATO-Staaten deuten die Beschlüsse von Madrid auf sich vertiefende Vorbereitungen für einen grossen Krieg hin – in Europa oder sogar darüber hinaus.

#### **Ein Werteverschwender**

Die NATO ist und bleibt ein negativer Faktor – über all das Gesagte hinaus auch, weil sie ein riesiger Werteverschwender für ihre Mitgliedstaaten ist, und ihre Militärmaschinerie eine gigantische CO<sup>2</sup>-Schleuder. Sie sollte nicht ausgedehnt, sondern aufgelöst werden. Nach dem Prinzip des grossen schwedischen Staatsmanns Olof Palme: Dass kein Staat sicher sein kann, wenn nicht sein Nachbar denselben Grad an Sicherheit verspürt. Wann, wenn nicht jetzt, wäre die Zeit, um dieses Prinzip anzuwenden? Europa und die Welt brauchen keine NATO und keine fortwährende Militarisierung.

Kate Hudson ist Historikerin und Autorin, Generalsekretärin der Kampagne für Nukleare Abrüstung (UK) und Vorstandsmitglied des Internationalen Friedensbüros (IPB).

Quelle: Telepolis, Übersetzung: Thomas Kachel

### Ausschluss vom Ostermarsch

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat seit Beginn der Ostermarschbewegung in den sechziger Jahren aktiv an allen Ostermärschen teilgenommen, mittragend, organisierend und mobilisierend. Wir haben uns jeweils gefreut über eine grosse Vielfalt von teilnehmenden Friedensorganisationen. Wir finden, es ist wichtig, dass alle für den Frieden engagierten Menschen und Organisationen aus verschiedenen Richtungen und mit unterschiedlichem Hintergrund sich zusammen finden in unserem gemeinsamen Bestreben nach einer friedlichen Welt. Die Konflikte auf der Welt sind sehr komplex, da muss man in Betracht ziehen, dass die Hintergründe nicht immer von allen gleich interpretiert werden.

Nun mussten wir feststellen, dass die SFB in diesem Jahr ohne vorherige Information oder Anhörung aus der Liste der Trägerschaft des Berner Ostermarsches gestrichen worden ist, obwohl wir seit vielen Jahren für den Ostermarsch in Bern mobilisiert haben und diesen auch finanziell und ideell unterstützt haben. Auf eine erstaunte Nachfrage unsererseits haben wir eine Bestätigung des expliziten Ausschlusses unserer Organisation vom Ostermarsch in Bern erhalten und das mit der Begründung, dass eine gewisse abweichende Haltung der SFB für das Organisationskomitee nicht tragbar ist. Bei dieser abweichenden Haltung handelt es sich um unsere Forderung nach Verhandlungen statt Sanktionen im Ukraine-Konflikt. Wir halten nach wie vor Sanktionen für kein friedensförderndes Mittel und setzen uns vielmehr für konfliktlösende Friedensverhandlungen ein.

Wenn solche Gedanken und Meinungen am Ostermarsch mit der Losung «Geld für Frieden statt für Kriege» nicht mehr Platz haben, dann finden wir das sehr gefährlich und verwerflich. Eine Spaltung der Friedenskräfte in der Schweiz verurteilen wir.

Schweizerische Friedensbewegung

Unsere Welt 3 März 2023

#### Schluss mit Krieg!

### Friedensdemo in Zürich

Am 25. Februar fand in Zürich die Demonstration «Schluss mit Krieg – Für Frieden und Völkerfreundschaft!» statt. An die 500 Personen nahmen an dieser Demonstration teil, die an den Jahrestag des Beginns des russisch-ukrainischen Kriegs erinnerte und insbesondere die Forderung nach einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen auf die Strasse trug. Die Schweizerische Friedensbewegung SFB war massgeblich an der Organisation der Demo beteiligt und eine Hauptträgerin des sehr heterogenen Demo-Bündnisses «Schluss mit Krieg».

Im Vorfeld wurde in den Medien Stimmung gegen die Friedensdemonstration gemacht. Immerhin handelt es sich um die bisher einzige Friedensdemonstration in der Schweiz, die deutlich für einen Waffenstillstand und nicht für den Sieg der Ukraine, also für eine unbestimmte Verlängerung des Krieges eintrat. Der Jurist und selbsternannte Russland-Experte Alexander Dubowy warnte in den «20 Minuten» vor einer Teilnahme an der Demo, weil das Bündnis im Aufruf «von einer «zunehmenden Eskalation durch das NATO-Kriegsbündnis hin-

ter der Selenski-Regierung spricht, dem (Erstarken faschistischer Kräfte in der Ukraine), einer (Unterdrückung der russischsprachigen Minderheit) und einem (eskalierenden Konflikt zwischen EU/NATO und Russland)». Ein Aufklären über die Zusammenhänge und Hintergründe des Krieges in der Öffentlichkeit soll offenbar verhindert werden, indem es als «russische Propaganda» diskreditiert wird.

Gelungen ist dies nicht. Mehrere hundert FriedensfreundInnen und antiimperialistisch gesinnte Menschen liefen friedlich vom Helvetiaplatz bis zur Ratshausbrücke in Zürich und rund ein Dutzend RednerInnen konnten die Bühne nutzen, um über verschiedenste Aspekte des Ukraine-Kriegs zu sprechen. Tarek Idri von der SFB stellte die Forderung nach einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in den Mittelpunkt, der Vertreter der Vereinigung Schweiz-Cuba forderte das Ende der Sanktionen und verwies auf die Folgen der US-Wirtschaftsblockade in Kuba, ein Tierrechtler prangerte die Verantwortung der NATO im Konflikt an. Der Menschenrechtsaktivist Amine Diare Conde verurteilte die Ungleichbehandlung im Asylwesen, weil Menschen, die vor anderen Kriegen in die Schweiz flüchten, keinen privilegierten Schutzstatus S wie ukrainische Geflüchtete erhalten. Der italienische Liedermacher Pippo Pollina sorgte mit seiner Live-Musik zwischendurch für gute Stimmung.



#### SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

### Geheimdienste als Quelle

Auf der Website von SRF firmiert der englische Geheimdienst immer wieder als Informant. Die Verantwortlichen des Senders haben damit kein Problem...

#### Von Alva Noi

Seit dem Überfall russischer Truppen auf die Ukraine veröffentlicht SRF regelmässig Tweets des britischen Geheimdienstes zur Situation an der Kriegsfront. Anscheinend gehen die Verantwortlichen des Senders davon aus, dies sei eine verlässliche Quelle. Unter dem Titel «Und täglich zwitschert der Geheimdienst» rechtfertigten die Verantwortlichen am 12. November 2022 dieses doch mehr als problematische «Durchstechen» von Meldungen einer Kriegspartei. Mit diesen Meldungen wolle der Geheimdienst der Engländer der russischen Propaganda entgegenwirken. SRF bezieht sich bei diesen Aussagen auf Erklärungen von Erich Schmidt-Eenboom, der das «Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V.» im deutschen Weilheim leitet. Ich traute meinen Augen nicht. Geheimdienste als verlässliche Quelle? Und das von Journalisten telquel übermittelt?

#### Regierungsnahe Medien

Mir kam ein Interview von Ulrich Tilgner in den Sinn. Mit jenem unbeugsamen Berichterstatter, der erst für deutsche Leitmedien aus Krisengebieten berichtete, sich mit ihnen überwarf und zum Schluss seiner Karriere bei SRF unter Vertrag stand.

Zu den Gründen seiner Schwierigkeiten mit den staatlichen deutschen Medienhäusern: Die Regierungsnähe! Will heissen, der Journalismus sei nicht mehr frei. Tilgner fügte ein Beispiel an. Als Berichterstatter bot er der Redaktion im fernen Deutschland einen Bericht über eine Aktion der «Koalition der Willigen» an, bei der afghanische Zivilisten ums Leben kamen. Es ging um sogenannte Kollateralschäden. Die Redaktion winkte ab.



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Quelle Wikimedia

Sie wollte einen Bericht, bei dem über die Bewaffnung der deutschen Truppe berichtet wurde. Genauer gesagt, über die Mängel dieser Bewaffnung. Tilgner lieferte und realisierte bei der Ausstrahlung seines Berichtes, dass im Bundestag eine Debatte um die Erhöhung der Militärausgaben für neue Rüstungsgüter anstand. Sein Bericht wurde also mit einem politischen Kalkül initiiert.

Geheimdienste als verlässliche Quelle? Just jene Geheimdienste überwachten im Afghanistan-Krieg Journalisten. Auch Ulrich Tilgner wurde überwacht, und zwar vom hauseigenen Dienst, dem Bundesnachrichtendienst. Dies war in der «Süddeutschen Zeitung» im Jahre 2010 noch zu lesen. Informiert über die Lauschaktion sollen damals auch das Kanzleramt und Parlamentarier gewesen sein. Ulrich Tilgner wurde mit den Worten zitiert: «Für mich war in diesem Moment klar, dass die Gesetze, die in Deutschland gelten, von deutschen Beamten im Ausland offenbar ausser Kraft gesetzt werden.»

#### Geheimdienste lügen

Zurück zu den Engländern und ihrem «Gezwitschere». Waffenlieferungen ja oder nein, das war die dominierende Frage in vielen Parlamenten der letzten Wochen und Monate. Der Eskalation mit effektiveren Waffen lag natürlich die Einschätzung zu Grunde, dass die ukrainische Armee überhaupt eine Chance auf einen Erfolg auf dem Schlachtfeld hätte. Und in dieser Debatte spielten dann «gezwitscherte» Informationen von Geheimdiensten halt eben doch eine erhebliche Rolle, auch wenn sie nicht stimmen sollten.

Geheimdienste als verlässliche Quelle? Sicher ist die Berichterstattung in einer Kriegssituation nicht einfach. Doch wenn gelogen wird, dann sind Geheimdienste sicher in der vordersten Reihe mit dabei. Das gilt hüben wie drüben. Dass auf den Redaktionen von SRF diese Binsenwahrheit nicht mehr vorhanden ist, erstaunt dann doch. Es bräuchte wieder Journalisten eines Formates von Ulrich Tilgner. Ach, für wie dumm verkauft uns Leutschenbach!



Die Demonstrierenden forderten unter anderem Verhandlungen. Quelle zVg.

#### **Schluss mit Krieg!**

# Die Waffen müssen ruhen!

Auf der Demonstration «Schluss mit Krieg!» in Zürich erklärte SFB-Sekretär Tarek Idri in seiner Rede, weshalb es schleunigst einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen braucht. Ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sind das Mindeste, das gefordert werden kann, und doch ein gewaltiger Schritt vorwärts, raus aus der extrem gefährlichen internationalen Situation.

Wir fordern auf dieser Friedensdemonstration hier, Schluss mit Krieg, Schluss mit dem Krieg in der Ukraine! Wir fordern einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Die Waffen müssen ruhen in der Ukraine, und die Kriegsparteien müssen sich endlich an einen Tisch setzen und verhandeln. Das ist keine Maximalforderung in diesem Krieg, das ist das Mindeste! Es ist das Mindeste, das uns einen kleinen Schritt hin zu einer friedlichen Lösung des Konflikts und zur Deeskalation bringt. Es muss deutlich gesagt werden: Eine friedliche Lösung des Ukraine-Kriegs ist möglich! Es gibt nicht nur die Option eines totalen Siegs der Ukraine über eine Atommacht oder umgekehrt die komplette Besetzung der Ukraine durch Russland. Verhandlungen und Kompromisse sind in diesem Fall möglich und sogar notwendig, um Schlimmeres zu verhindern. Ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sind das Mindeste. Das ist eine blosse Atempause für die Völker, die von diesem Krieg betroffen sind und unter ihm leiden, es ist ein Stück Hoffnung, dass das Töten möglichst bald ein Ende hat. Es ist das Mindeste und doch wäre es ein gewaltiger Schritt vorwärts, raus aus dieser extrem gefährlichen Situation.

#### Mehr Öl ins Feuer?

Weder Russland noch die Ukraine können bei einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen verlieren. Ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen bedeuten doch bloss, dass jetzt mit Kämpfen Schluss ist, und dass man beginnt, Gespräche zu führen. Man müsste meinen, jeder vernünftige Mensch würde hinter dieser Forderung stehen. Und doch scheinen in diesem Land und im Westen viele der Ansicht zu sein, Waffen und immer mehr Waffen wären die einzige Lösung für diesen Krieg. Immer mehr Öl ins Feuer zu schütten, soll also den Brand löschen?

Sollen nach den Panzern, die der Ukraine nun geliefert werden, nächstens noch Kampfjets geliefert werden? Und danach? Sollen wir der Selenski-Regierung irgendwann noch Atombomben zur Verfügung stellen? Eine rote Linie nach der anderen wird hier überschritten, ein Feuer nach dem anderen wird gelegt, und es wird gejubelt darüber. Niemand sagt ein Widerwort, wenn die herrschende Politik und die Rüstungslobby Kriegstreiberei als Solidarität mit der Ukraine verkaufen. Es ist entsetzlich, wie die Rüstungskonzerne Milliarden scheffeln, während mit ihren Waffen Zehntausende Menschenleben vernichtet werden.

### Einen Atomkrieg werden wir nicht überleben!

Wir haben uns hier versammelt und erheben laut und deutlich die Forderung nach Waffenstillstand und nach Friedensgesprächen. Die Waffen müssen ruhen. Alles andere bringt nur noch mehr Leid und noch mehr Hass auf beiden Seiten. Wir fordern die Schweizer Regierung auf, sich für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen einzusetzen. Es ist das Mindeste, was die Regierung tun könnte, und doch tut sie das genaue Gegenteil davon. Statt sich für eine friedliche Lösung einzusetzen, hat sich der Bundesrat auf eine Konfliktseite geschlagen und heizt die Spannungen weiter an.

Die Schweizer Regierung muss unbedingt daran erinnert werden, dass ein dritter Weltkrieg ein Atomkrieg sein wird. Und einen solchen Atomkrieg werden wir, wird die Menschheit, nicht überleben. Es ist dringend nötig, dass die Bevölkerung in Europa, in der Schweiz ihre Regierung zwingt, endlich ernsthaft für den Frieden und internationale Entspannung einzustehen. Wir müssen sagen: Schluss mit Waffenlieferungen! Schluss mit der Eskalation! Schluss mit Krieg!



 $\label{prop:section} \textit{Auf der Demo waren vielf\"{a}ltige Transparente zu sehen. Quelle zVg.}$ 

Unsere Welt 4 März 2023



#### **Hintergrund**

### Erdöl, Politik und Krieg

Erdöl hat der Menschheit eine in der bisherigen Geschichte nie dagewesene Mobilität ermöglicht; zugleich ist es aber auch eine der Haupttriebkräfte für die Klimaerwärmung und die mit ihr verbundene Gefahr der Zerstörung dieses Planeten. Im Krieg ist Erdöl wichtig als Transportmittel der immer schwerer gewordenen Kriegsmaschinerie. Auch aus diesem Grund ist es eine gesuchte Beute der Militärstrategen; das gilt nicht nur für die Ölquellen selbst, sondern auch für die Pipelines. Fortsetzung der Serie über Energieträger.

#### Von Ueli Schlegel

Seit 164 Jahren haben sich die Länder unseres Planeten in eine immer stärkere Abhängigkeit vom Erdöl manövriert. Wir benötigen Öl für den Verkehr und die Heizung, für die chemische Industrie, für Gebrauchsgüter und für die Herstellung von Baumaterialien. Kriege verschlingen gewaltige Mengen dieses Energieträgers. Der Abrams-Kampfpanzer, den die USA an die Ukraine liefern wollen, verbraucht etwa 700 Liter Kerosin auf 100 km; der deutsche Leopard-2-Panzer, den Deutschland der Ukraine verkaufen will, etwa 500 Liter Diesel pro 100 km. Nazi-Deutschland wollte im zweiten Weltkrieg für seine Kriegsmaschinerie mit einem Blitzkrieg die Ölquellen des Kaukasus erobern, um danach genügend Treibstoff für die Eroberung weiterer Teile der Sowjetunion und Europas zu haben: «Jetzt wollen wir die Weizenfelder am Don und Kuban besitzen und wollen damit die Hand auf dem Brotbeutel Europas haben! Wir wollen jetzt die Ölquellen und die Eisen-, Kohlen- und Manganlager besitzen. Wir wollen uns einen kolonialen Besitz auf eigenem europäischen Raum schaffen.» (Josef Goebbels, 17. November 1942)

Für die einzelnen Ölquellen gilt, dass sie einen Zeitpunkt maximaler Ergiebigkeit haben, nach dem die Ausbeute wieder sinkt; dieser Vorgang kann in der Form einer Glockenkurve dargestellt werden – den Zeitpunkt der höchsten Ausbeute nennt man Peak-Oil. Zugleich bestimmen ökonomische, politische und militärische Gesichtspunkte, ob und wie lange eine bestimmte Ölquelle ausgebeutet werden soll.

Neue Techniken ermöglichen neue Arten der Förderung und die Erschliessung neuer Ölquellen. So haben zum Beispiel die USA in den letzten Jahren die Frackingmethode forciert, bei der Chemikalien in die Gesteine (und das Grundwasser) gepresst wird. So konnten sie die Ölgewinnung im eigenen Land massiv steigern und ihre Abhängigkeit von ihren bisherigen Hauptlieferanten, den Golfstaaten, eben so massiv verringern. Etwa ab 2015/2016 begannen die USA, mehr Erdöl als Russland zu fördern, ab 2017 auch mehr als die heutige Nummer drei, Saudi-Arabien. Seit einiger Zeit investieren Ölkonzerne in Zusammenarbeit mit ukrainischen Oligarchen in der Ukraine grössere Summen in Erdölbohrungen, so z.B. der US-amerikanische / brasilianische Konzern Chevron.

Bei den Konsumenten stehen die USA nach wie vor absolut und noch viel stärker pro Kopf an erster Stelle mit 987 Millionen Tonnen pro Jahr (2017), das sind 22 Prozent des Ölverbrauchs bei einem Bevölkerungsanteil von vier Prozent der Weltbevölkerung. Zum Vergleich: Die Volksrepublik China hatte 2017 einen Verbrauch von 596 Millionen Tonnen bei einer 3,5 Mal so grossen Einwohnerzahl.

#### **Transport und Verteilung**

Während das Erdöl in den Anfangszeiten seiner industriellen Gewinnung in Holzfässern («Barrels») zu je 159 Litern transportiert wurde, was umständlich und aufwändig war, setzten sich später Tankzüge, Tankschiffe und Lastwagen durch und vor allem auch die Pipelines, die Öl preisgünstig und kontinuierlich transportieren konnten, falls am Ende der Pipeline eine Raffinerie oder ein Abnehmer sass. Während die USA in ihrem Land schon in den 30er und 40er Jahren Pipelines bauten, wurden die ersten Erdölrohre in Europa von den US-Truppen nach ihrer Normandie-Landung verlegt; sie dienten zuerst der Versorgung der eigenen Streitkräfte und wurden dann später im Sinne der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus den westeuropäischen Regierungen übergeben.

Die Sowjetunion baute ab den 50er Jahren ebenfalls Pipelines. Die bekannteste Ölpipeline ist die Erdölleitung Freundschaft (Druschba), deren Ende bei der Ölraffinerie in Schwedt an der Oder (DDR) 1963 fertiggestellt wurde. Die Route des Nordstranges der Pipeline führt von Russland durch Polen bis zur PCK-Raffinerie in Schwedt, während der Südzweig einerseits durch die Ukraine nach der Slowakei und nach Tschechien und andererseits über Ungarn zur Adria-Pipeline läuft. Auch an diesen Ästen sind verschiedene Raffinerien angeschlossen.

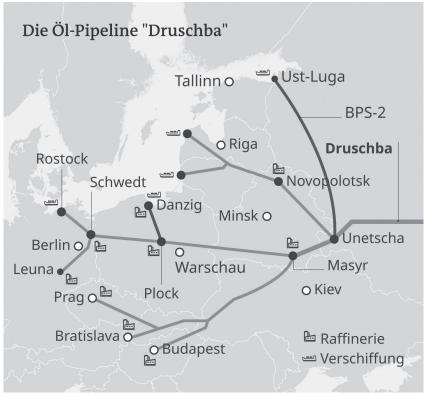
Wegen der von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland stoppte Deutschland den Import des preisgünstigen Erdöls aus Sibirien auf den 1. Januar 2023, allerdings planlos und nicht, um den fossilen Energieträger Öl durch Sonnen- und Windenergie zu ersetzen; Deutschlands Wirtschaftsminister Habeck und Deutschlands Kanzler Scholz suchen seither mit mässigem Erfolg auf der ganzen Welt nach Ersatz, der dann freilich grösstenteils auf riskantere Weise und mit höheren Kosten in Tankschiffen herangeschafft werden muss. Ungarn und Serbien haben sich diesen Sanktionen der EU nicht unterworfen.

Es soll hier nochmals betont werden, dass es nicht um einen Lieferstopp seitens Russlands geht, sondern um die Politik der USA und einiger europäischer Regierungen, die versuchen, Russland von und in Europa zu isolieren.

- arabien): 42 Milliarden (allein im 2. Quartal 2022)
- Gazprom (Russische Föderation): rund 40 Milliarden Dollar (allein im ersten Halbjahr 2022)

#### Öl-Sanktionen umgehen

Russisches Öl wird vom Westen sanktioniert, allerdings nicht von allen Staaten. Russland hat sich schon seit einigen Monaten darauf verlegt, ältere Tankschiffe aufzukaufen oder das Öl über Reedereien transportieren zu lassen, die sich nicht den Sanktionen beugen müssen. Ein weiterer Trick besteht darin, das Öl im Meer umladen zu lassen, so dass die genaue Herkunft der Ladung nicht mehr so einfach nachgewiesen werden kann. Eine Mischung von 49 Prozent der sibirischen Sorte «Ural» mit 51 Prozent nichtrussischem Öl gilt zudem nicht mehr als russisches Öl. Russland wird tatsächlich weniger an die westlichen kapitalistischen Staaten verkaufen, jedoch mehr zu relativ günstigen Preisen (zu Zeiten, an denen die Preise u.a. wegen der resultierenden Turbulenzen an den Rohstoffbörsen und den zunehmenden Gewinnen ohnehin steigen) an die Staaten, die sich nicht an die Sanktionen halten. Diese Staa-



Russische Erdöl-Piplines in Europa. Grafik zVg.

#### Der Ölpreis

Der Ölpreis hängt von zahlreichen Faktoren ab, er ist ausserordentlich volatil geworden und unterliegt zahlreichen Spekulationen und Wetten an den Börsen. Kriege sind nur ein Faktor von vielen bei der Preisentwicklung. So bewirkte nur schon die pure Ankündigung Russlands, wegen des vom Westen verordneten «Preisdeckels» für seine Sorte «Ural» auf 60 Dollar seine Fördermenge um fünf Prozent zu kürzen, einen sofortigen Anstieg des Ölpreises an der Börse um zwei Prozent. Während ein Fass (159 Liter) der Sorte «Brent» im Januar 1999 noch 10 Dollar kostete, schwankt der Preis seit einigen Jahren zwischen etwa 70 und 150 Dollar. Die Endkunden zahlen dann für das verarbeitete Öl (Heizöl, Benzin usw.) so hohe Preise, dass die Rohstoffhändler exorbitante Gewinne erzielen (sogenannte «Übergewinne» – eine seltsame Wortschöpfung im Kapitalismus, in dem ja Zusatzprofite System sind).

#### Gewinne der grössten Ölkonzerne:

- Exxon Mobil / Esso (USA):
- 56 Milliarden Dollar
- Shell / Royal Dutch (NL/UK):
- 40 Milliarden Dollar
- Chevron (USA/Brasilien):
- 36 Milliarden Dollar
- Total (Frankreich):36 Milliarden Dollar
- BP (UK): 28 Milliarden Dollar. Das ist der höchste Gewinn der 114-jährigen Firmengeschichte
- Aramco / Saudi Aramco (Saudi-

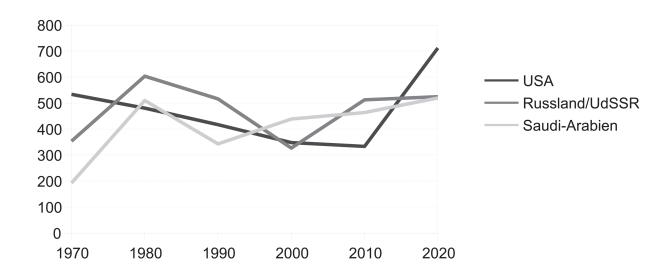
ten wiederum – beispielsweise Indien und die Türkei – verkaufen verarbeitetes russisches Öl mit Gewinn an die Sanktionierer, die nun Beschaffungsprobleme haben, weil sie auf das russische Pipelinerohöl verzichten. Das Ganze kommt so im neoliberalen «freien» Markt nicht so heraus, wie es gedacht war. Wieder einmal erleben wir eine gehörige Portion Polit-Show für das gemeine Volk.

#### **Profiteure und Verlierer**

Profiteure an der ganzen zunehmenden Um- und Unordnung im Bereich der Energieträger sind natürlich die grossen Rohstoffkonzerne. Entgegen der Absicht westlicher Politiker scheint auch Russland weiterhin hohe Gewinne zu erzielen. Verlierer sind eindeutig die inflationsgeplagten Menschen in Europa und noch viel mehr jene auf anderen Kontinenten, die wegen der Turbulenzen auf dem Ölmarkt, der inflationsbedingten Abwertung ihrer Währung, den exorbitanten Gewinnen der Konzerne und der Stilllegung bisheriger Transportwege, Verarbeitungsbetriebe und weiterer Infrastrukturen das Ganze zu bezahlen haben; dies zu einem Zeitpunkt, wo der schon längst fällige Umstieg auf erneuerbare Energien vor allem in den USA und in Europa stockt, weil scheinbar die Mittel fehlen – genauer gesagt, weil die Mittel an die Rohstoff- und Energiekonzerne und vor allem auch im Zusammenhang mit der momentanen Aufrüstungswelle an den militärisch-industriellen Komplex umgeleitet werden.

#### Erdölfördermengen der drei Länder mit den grössten Fördermengen

(Die Fördermengen sagen nichts aus über Exporte bzw. zusätzliche Importe)



 $Quelle: {\it Wikipedia, bp.com. Grafik: Autor.}$ 

**Unsere Welt 5 März 2023** 

#### Gegen Waffenlieferungen

### «Konflikte durch Reden lösen»

Die Schriftstellerin Daniela Dahn war Rednerin auf dem Friedensratschlag Kassel und gehört zu den UnterzeichnerInnen des Offenen Briefs an den deutschen Kanzler Scholz, welcher vor einem dritten Weltkrieg warnte. Sie sprach sich öffentlich immer wieder gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Im Interview verteidigt sie die Forderung nach Friedensverhandlungen.

#### Von Matthias Lohr

#### Frau Dahn, ist Wladimir Putin für Sie ein Kriegsverbrecher?

Ein Krieg ohne UN-Mandat ist ein Angriffskrieg und dieser das schwerste Verbrechen, das das Völkerrecht kennt. Auch deshalb, weil er so gut wie alle anderen Verbrechen in sich einschliesst. Präsident Putin hat für den russischen Angriff das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta in Anspruch genommen, was abenteuerlich ist. Allerdings haben auch die USA ihre «präventiven Kriege», die an sich ein Bruch der UN-Charta sind, abwegigerweise mit diesem Artikel begründet. Ohne Kontext keine Gerechtigkeit. Da hilft kein Whataboutismus. Ich bin sehr für juristische Aufarbeitung, aber bitte nicht selektiv. Das war beim Kasseler Friedensratschlag immer Prinzip.

Sie haben im April 2022 den Offenen Brief an Kanzler Olaf Scholz mitunterzeichnet, in dem Sie sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen haben. Sprechen Sie der Ukraine das Existenzrecht ab, wie Serhij Zhadan, der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Ihnen vorgeworfen hat?

Ich kenne niemanden, der der Ukraine das Existenzrecht abspricht. Es geht viel mehr darum, welche Existenz nach diesem Krieg noch möglich ist. Je länger er dauert, je mehr Menschen sterben, je zerstörter die Wirtschaft und die Infrastruktur ist, je zahlungsunfähiger und verschuldeter die Ukraine wird, desto unwahrscheinlicher wird eine wirklich souveräne Existenz sein. Der Krieg zerstört das Land mit dem Versprechen seiner Rettung. Die Ukraine war schon vor dem Krieg neben Moldawien das ärmste Land Europas. Kredite waren mit der Auflage eines strikt neoliberalen Kurses verbunden. Es ist zu befürchten, dass sie nunmehr auf Jahrzehnte hinaus von der Weltbank oder einem der geopolitischen Blöcke abhängig sein wird, wie ein Protektorat.

Militärexperten befürchten, dass Russland die Ukraine diesen Winter aushungern will. Hat die internationale Staatengemeinschaft nicht die Pflicht, den Ukrainern zu helfen?

Bei dem Wort «aushungern» fällt mir sofort Leningrad ein. Humanitäre Hilfe? Selbstverständlich. Das wichtigste Menschenrecht ist das Recht auf Leben. Wer das verliert, für den haben sich auch alle anderen

Rechte erledigt. Die Zerstörung der Infrastruktur, von Stromversorgung, Raffinerien und Industriebetrieben ist perfide, aber leider auch im Westen Kriegsstrategie. Ich erinnere nur an Jugoslawien. Keiner, wirklich keiner von denen, die sich für Waffenlieferungen aussprechen und diese auch liefern, kann wissen, ob mit mehr militärischer Gewalt und damit Verlängerung des Krieges, Menschenleben nicht eher gefährdet als gerettet werden. Einige Militärexperten sagen, die russische Armee habe trotz aller Fehlstrategien die «Eskalationsdominanz», und warnen vor einem langen Zermürbungskrieg.

#### Sie plädieren für Verhandlungen. Wie kann man mit jemandem verhandeln, der nur dann dazu bereit ist, wenn die eigenen Bedingungen erfüllt werden?

Alle Verhandlungen beginnen auf beiden Seiten mit eigenen Bedingungen. Warum fragen Sie nicht, wie man mit jemandem verhandeln kann, der den eigenen Sieg zur Voraussetzung macht, also die Rückeroberung der Donbass-Gebiete und auch der Krim, ohne zu prüfen, ob die Menschen dort das wirklich wollen? Auf der Krim gab es schon 1991, als die Ukraine noch nicht selbstständig war, ein eindeutiges Referendum zugunsten einer Rückkehr nach Russland. Danach lebte man dort autonom, mit eigener Verfassung, bis ukrainische Spezialkräfte 1995 die Krim zurückholten. Solche



Daniela Dahn. Quelle zVg.

komplizierten Konflikte sind nur durch Reden zu lösen, nicht durch Schiessen.

#### Wie sehr trifft es Sie, wenn man Sie als Putin-Versteherin kritisiert?

Bisher habe ich diesen Vorwurf persönlich nicht gehört. Wollen Sie der Erste sein? Ich habe nie akzeptiert, dass Verstehen etwas Kritikwürdiges sein soll. Verstehen heisst weder Rechtfertigen noch Verständnis. Aber ohne zu verstehen, wer und was die Welt im Innersten zusammenhält, können wir sie nicht verändern.

Warum gelingt es der gealterten Friedensbewegung nicht, junge Leute etwa aus der Klimaschutzbewegung einzubinden?

Da sprechen Sie einen sehr wunden Punkt an. Es gab Zeiten, da war ein Teil der Friedensbewegung jung, spontan und hielt sich nicht an die akademischen Regeln der politischen Korrektheit. Wer aber sagte, der Ukraine-Konflikt sei von der westlichen Elite befördert worden, wurde gleich als Verschwörungstheoretiker eingestuft. Bald wurde der gesamten Bewegung der «Montagsdemonstrationen für den Frieden» unterstellt, sie sei nach Rechts offen, was in dieser Verabsolutierung einer Zersetzungsstrategie gleichkam. Seither gibt es viel Verunsicherung und Berührungsängste. Ich bedaure das sehr, denn ohne ein Zusammengehen der Öko-, Friedens-, und Sozialbewegungen wird keine wirklich Erfolg haben.

#### Welche Bedeutung hat der Kasseler Friedensratschlag für die Bewegung?

Der Ratschlag war immer ein Forum für Friedensoptionen, aufseiten eines pragmatischen Pazifismus und einer aufklärerischen Haltung. So ist die 2014 von Peter Strutynski, dem Initiator des Treffens, herausgegebene Anthologie «Ein Spiel mit dem Feuer. Die Ukraine, Russland und der Westen» bis heute eine Fundgrube an Fakten. Verkürzt gesagt, bleiben wir gegen geopolitische Machtspiele, unter denen die Bevölkerungen immer leiden. Wir wollen keinen russischen Diktatfrieden, aber auch keinen der NATO. Dazu haben wir im Lauf der Jahre zu viel Wissen über dieses Bündnis angesammelt. Der Westen unterwirft nicht durch Annexion, sondern durch Assoziation. Ganz konkret erhoffe ich mir Ermutigung zu weiteren Aktionen für Deeskalation und Abrüstung.

Quelle: Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)

#### 29. Friedensratschlag Kassel

### Friedensfrage mit Sozialprotesten verbinden

Gut 350 Friedensaktivisten haben am 10. und 11. Dezember 2022 unter der Leitfrage «Unterwegs zu einer neuen Weltordnung – Weltkrieg oder sozialökologische Wende zum Frieden?» in der deutschen Stadt Kassel debattiert. Die Diskussionen wurden kontrovers geführt, aber es herrschte Einigkeit in entscheidenden Punkten.

#### Von Valentin Zill

Im Ukraine-Krieg zeige sich der Kampf zwischen dem Festhalten der USA an einer von ihr dominierten unipolaren Welt und dem Aufbruch in eine multipolare Welt. Mit dieser Einschätzung eröffnete Jutta Kausch-Henken das erste Podium des 29. Friedensratschlags über die «globale Umbruchsituation und neue Weltordnung». Der rasante ökonomische Aufstieg Chinas, aber auch die wachsende wirtschaftliche Bedeutung anderer BRICS-Staaten bedrohten die ökonomische Vorherrschaft

der USA. In dieser Frage bestand weitgehende Einigkeit unter den Diskutanten. Früher hätten die USA andere Herrschaftssysteme bis zu einem gewissen Grad noch konsensuell miteinbeziehen können, doch das sei heute vorbei, sagte Christin Bernhold, Wirtschaftsgeographin an der Universität Hamburg.

#### **Krieg mit Vorgeschichte**

Die Podiumsdiskussion am Samstagnachmittag war mit «Kontroversen zum Ukraine-Krieg» überschrieben. Die meisten Teilnehmer des Podiums charakterisierten den Eintritt Russlands in den Ukraine-Krieg als «völkerrechtswidrig». Der Krieg habe aber eine Vorgeschichte, hiess es, wenngleich deren Gewichtung variierte. Hermann Kopp (Bundesausschuss Friedensratschlag) betonte, dass Russlands Kriegseintritt die Antwort auf eine tatsächliche Bedrohung gewesen sei, auf den Versuch vor allem der USA, sich Russland gefügig zu machen. Der Krieg habe schon 2014 begonnen. Das müsse die Friedensbewegung thematisieren, damit sich die Lesart eines «unprovozierten Angriffs des «Schurken Putin>» nicht durchsetze. Helmut Lohrer (IPPNW) unterstrich, dass die Atommacht Russland in diesem Krieg nicht besiegt werden und die Ukraine ihn nicht gewinnen könne. Er kritisierte das in Kirchenkreisen verbreitete moralische Konstrukt, man mache sich auch schuldig, wenn man keine Waffen an die Ukraine liefere.

#### Aufgaben der Friedensbewegung

Weshalb gelingt es der Friedensbewegung angesichts einer Atomkriegsgefahr, grösser als zu Hochzeiten des Kalten Kriegs, heute nicht, Massen zu mobilisieren? Eine Teilantwort darauf lieferte Ekkehard Sieker in seinem Workshop zum Thema «Formierung der öffentlichen Meinung und Feindbildpflege». Der Fernsehjournalist legte dar, wie Produktionsbedingungen im Journalismus Aufklärung beund verhindern. Medien erzählten heute fast nur noch «Geschichten» auf Kosten von Recherche. Diese «Geschichten» lieferten häufig neuartige PR-Agenturen, die sich dem Konzept der «strategischen Kommunikation» verschrieben hätten und damit Einstellungen zur Ware machten.



Gegen Krieg, Hochrüstung und NATO:Friedensprotest in Berlin, 2022. Quelle zVg.

einer Publikumsdiskussion benannt: Der substanzlose Dualismus vom Kampf zwischen «Demokratien» und «Autokratien» habe sich in viele Köpfe eingenistet. Der Kriegspropaganda der bürgerlichen Medien könne die Friedensbewegung noch nicht genug entgegensetzen.

Der Kampf gegen den Atomkrieg könne kein rein linkes Projekt sein, sagte Helmut Lohrer unter grossem Applaus. Man könne «nicht nur im eigenen Saft schmoren». Unbedingt müsse man die Gewerkschaften einbinden. Horst Schmitthenner (IG Metall) berichtete von den Erfahrungen der IG Metall Hanau, Warnstreiks der jüngsten Tarifrunde Metall und Elektro mit friedenspolitischen Forderungen zu verbinden. Das habe funktioniert, weil die Geschäftsstelle Hanau schon länger Bündnispartner für den Kampf um Frieden sei.

#### **Klare Forderungen**

Neben Schmitthenner betonten vor allem Sevim Dagdelen (Partei «Die Linke») und Reiner Braun (International Peace Bureau), es sei essentiell, die Friedensfrage mit Sozialprotesten zu verbinden. Bei Aktionen in Ost-

Eine Konsequenz daraus wurde in deutschland in den letzten Monaten habe die Friedensfrage immer eine zentrale Rolle gespielt, so Braun, «im Gegensatz zu Veranstaltungen der Linkspartei». Die Friedensbewegung müsse die Hegemonie über Inhalte und Aktionen gewinnen, forderte er in einer leidenschaftlichen Rede. Gelinge es, die Ablehnung des Krieges in der Ukraine mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, könne die AfD nicht mehr bei Aktionen dabei sein. Die habe schliesslich allen Aufrüstungsprojekten und Kriegseinsätzen im Bundestag zugestimmt.

> Eins kristallisierte sich in den Diskussionen schnell heraus: Die Friedensbewegung müsse mit klaren Forderungen an die Öffentlichkeit treten. Weitgehend konsensfähig wirkten auf dem Friedensratschlag die nach Friedensverhandlungen für die Ukraine ohne Bedingungen, nach Stopps der Waffenlieferungen an die Ukraine, nach einem Ende der Sanktionen gegen Russland und der Aufrüstungsorgien der Bundesregierung. Und die nach einer globalen Sicherheitsarchitektur unter Berücksichtigung der Interessen aller Länder der Welt.

Quelle: Unsere Zeit, Kürzung: UW

### Schweizerische Friedensbewegung SFB Jahrestagung 2023

Samstag, 13. Mai 2023, 16.00 Uhr Restaurant Torstübli, im gedeckten Hinterhof Riehentorstrasse 27, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen Wahl des Vorstands • Ausblick und Anregungen

Die Jahresversammlung ist öffentlich. Interessierte sind herzlich eingeladen. Aus organisatorischen Gründen gerne mit Voranmeldung: mail@friedensbewegung.ch

Die definitiven Informationen kurz davor auf www.friedensbewegung.ch

**Unsere Welt 6** März 2023

#### **Repression gegen Whistleblower**

### «Karneval für Assange»

In Washington fand ein Tribunal zu Julian Assange statt. Die Presse hier erwähnt ihn lediglich als Karnevalsfigur aus London.

#### Von Alva Noi

Ein Blick in die einschlägigen Datenbanken zeigt: Es blieb seit der letzten Ausgabe der UW ruhig um Julian Assange. In der BaZ, der NZZ, dem Tagi und den Publikationen von SRF finden sich kaum Erwähnungen. Kaum – eine Ausnahme fällt auf. Ein Karneval in London! Anhänger hätten dort seine Freilassung gefordert. «Karneval für Assange» titelte daher am 13. Februar 2023 die BaZ ihre Kurzmeldung.

Dabei hätte es für einmal durchaus Berichtenswertes gegeben. Am Belmarsh-Tribunal in Washington trafen sich diverse Persönlichkeiten. Unter ihnen Daniel Ellsberg, Noam Chomsky und Jeremy Corbin. Washington als Austragungsort war nicht Zufall. «In diesen Räumlichkeiten zeigte Julian Assange vor 13 Jahren sein Video «The Collateral Murder»», eröffnete Organisatorin Amy Goodman die Tagung und erinnerte an die Geschichte des Videos.

#### **Tote Journalisten**

Neben den Freilassungsforderungen auch anderer inhaftierter Whistleblower wie Daniel Hale oder Edward Snowden wäre schon nur die Erinnerung in der hiesigen Presse an die Veröffentlichung dieses Videos ein paar Zeilen wert gewesen. Denn sie weist Eigenheiten auf, die die Bedeutung von Assange und jene einer kritischen Presse mit geschützten Whistleblowern verständlich machen könnte.

Zur Erinnerung: Bei Luftangriffen durch die amerikanische Armee am 12. Juli 2007 kamen in Bagdad 11 Männer ums Leben. Zu jener Zeit war dies wohl eher der Alltag als die Ausnahme. Besonders an diesem Luftangriff war jedoch, dass unter den Toten zwei Reuters-Journalisten waren. Und da gab es nun doch plötzlich ein Problem. Denn für einmal bestand in Amerika ein öffentliches Interesse an Aufklärung. Reuters verlangte die Bilder der Bordkameras, der Funksprüche und eine Liste mit den gefundenen Waffen.

Diese Forderungen wurden mit Verweis auf die Sicherheit der Soldaten zurückgewiesen. Es bestand der Verdacht, dass die Gruppe nicht bewaffnet war, und dass die Reuters-Journalisten an der Arbeit waren – als Journalisten. Doch Beweise fehlten und mit Verweis auf interne Untersuchungen konnte die Fragerei und das Bohren von Reuters und einem kritischen Teil der Öffentlichkeit abgewiesen werden. Die grossen Medien übernahmen die Sichtweise des Militärs, amerikanische Soldaten seien angegriffen worden und hätten sich verteidigt.

#### Supergau fürs Militär

Drei Jahre später war dann plötzlich alles anders: Julian Assange veröffentlichte Bilder der Bordkameras und die Funksprüche der Kommandozentrale mit den Piloten und den Schützen in den Apache-Kampfhubschraubern.

«The Collateral Murder», die Bilder und die Stimmen sind heute vielen nicht mehr bekannt. Die unsägliche und unnötige Brutalität genauso wie der zynische Unterton aus der Zentrale: «Come on, fire!» Es muss der Erlebnishorizont eines Videospielers sein, der hier verantwortlich für die Ermordung von unbewaffneten Familienvätern wurde. Auch jene wurden ermordet, die den Verwundeten zu Hilfe eilten. Das Video war für die Militärs der Supergau.

An der Heimatfront funktionierte plötzlich nichts mehr. Gemeint ist mit Heimatfront die mediale Aufbereitung durch die Presse im eigenen Land. Immerhin mussten die eigenen Truppen ja als jene dargestellt werden, die Freiheit und Demokratie in ein autoritär geführtes Land brachten. Der Aufbau der Zivilgesellschaft sollte durch die Armee geschützt werden. Drei Jahre lang abstreiten, drei Jahre lang falsche Fährten legen – die Männer waren bewaffnet und hätten amerikanische Einheiten angegriffen - nichts ging mehr in der ideologischen Kriegsführung in den Vereinigten Staaten. Es brauchte weder Kommentare noch Interpretationen.

#### Kein Leugnen möglich

Normalerweise setzt auf den Redaktionen in solchen Situationen der Reflex ein: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Wir sind die Guten, sie sind die Bösen. Und konkret sieht das dann so aus: Das Material ist vom Feind manipuliert, deren Herkunft also fraglich. Die Stimmen im Tonmaterial sind nicht klar zu identifizieren, es sind gar nicht diese Personen. Oder dann wird ganz einfach der Überbringer desavouiert: Verschwörungstheoretiker. Oder wie unlängst bei der Sprengung der Pipe-



Protest vor der US-Botschaft in Rom, 2020. Quelle zVg.

lines Nordstream I und II: Seymour Hersh sei alt geworden und eben nicht mehr ganz zurechnungsfähig.

Im Falle des Videos «Collateral Murder» funktionierte dieser ganze Reflex nicht mehr, es waren Bilder der Bordkanonen und Töne aus dem Hubschrauber, die das Bild «Wir die Guten, sie die Bösen» widerlegten. Mit der Qualität des Materials war der ganze Abwehrreflex ausser Kraft gesetzt.

Hier liegt ein Kern der Wut auf Assange und alle Whistleblower. Die üblichen Mittel des Lügens, Verdrehens und Diskreditierens reichen nicht mehr aus. Der Supergau bei Collateral Murder bestand darin, dass einerseits deren Authentizität nicht mehr geleugnet werden konnte. Anderseits die Verleugnungs- und Vertuschungstechniken an der «Heimatfront» sichtbar wurden. Die Bilder waren und sind ganz einfach zu authentisch.

«Carneval für Assange»! Es wäre wieder einmal eine Möglichkeit gewesen, die Bedeutung von Whistleblowern in einer Demokratie zu erklären. Notabene an einem Exempel, das die Mächtigen schmerzen muss. Wie einfach funktioniert doch unsere Presse, derweil Assange seit Monaten auf seine Anhörung wartet. Und die Gerichte lassen sich alle erdenkliche Zeit, weil sie genau wissen: Kein Entscheid ihrerseits bedeutet für Assange bereits ein Strafvollzug ohne Urteil.

#### Nach über 20 Jahren Isolationshaft

### Ana ist frei!

Im Februar 2016 ermunterten wir die UW-Leserinnen und -Leser, Ana Belén Montes zu ihrem 59. Geburtstag Grüsse ins US-amerikanische Gefängnis von Carswell zu schicken – im Bewusstsein, dass diese Grüsse sie wegen der Zensur zwar nicht erreichen, den Behörden aber zeigen würden, dass die Puertoricanerin nicht allein steht. Ihren 66. Geburtstag nun durfte Ana endlich in Freiheit

#### Von Martin Schwander

Die US-Bürgerin Ana Belén Montes war in den 90er Jahren eine der Top-Analystinnen des Pentagon. Speziell betraut mit Kuba hatte sie Zugang zu klassifizierten militärischen Unterlagen und war Mitglied in der ultrageheimen «Zwischendienstlichen Arbeitsgruppe», in welcher sich die wichtigsten Analytiker aller US-Geheimdienste zur unbotmässigen Insel austauschten.

Es muss für das Pentagon ein herber Schlag gewesen sein, als es gewahr wurde, dass seine Kuba-Spezialistin die kubanische Regierung jahrelang über aggressive, gegen die kubanische Bevölkerung gerichtete Pläne unterrichtet hatte. Sie habe sich dabei von ihrem Gewissen leiten lassen, meinte Ana Belén Montes, nachdem sie am 20. September 2001 an ihrem Arbeitsplatz bei der US-Militärabwehr DIA verhaftet worden war. Sie trete dafür ein, andere Nationen so zu behandeln, wie die USA selbst behandelt werden möchten: mit Respekt und Rücksichtnahme. «Das ist ein Prinzip, das leider, wie ich meine, Kuba gegenüber niemals angewendet wurde. (...) Die Politik unseres Landes gegenüber Kuba ist grausam und ungerecht, zutiefst feindselig; ich habe mich moralisch verpflichtet gefühlt, der Insel zu helfen, sich gegen unsere Bestrebungen zu verteidigen, ihnen unsere Werte

und unser politisches System aufzuerlegen.»

Ana Belén Montes trat vor Gericht für ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den USA und Kuba ein, das sie sich geprägt wünschte «von einem Geist der Toleranz, des Respektes und des gegenseitigen Verständnisses». Dafür musste sie fürchterlich büssen.



Ana Belén Montes nach der Freilassung.

Verurteilt zu 25 Jahren Haft, wurde sie einem extremen Isolationsregime ausgesetzt, das ihr lediglich Kontakte zu ihren nächsten Verwandten erlaubte, den Empfang von Briefen, Zeitungslektüre, Fernsehen oder Internetzugang untersagte und sie auch vor Mitgefangenen komplett isolierte.

#### **Zurück ins Leben**

Wir haben in der UW während Jahren immer wieder über Ana Belén Montes berichtet und waren als SFB Teil der internationalen Solidaritätsbewegung zu ihrer Freilassung. Als es in den letzten Jahren klar wurde, dass sie trotz einer schweren Krebserkrankung keine Chance auf Begnadigung erhalten würde, fuhr ihr Umfeld die Kampagne absichtlich zurück, um die ab 2023 mögliche vorzeitige Entlassung nicht auch noch zu gefährden. Diese bedingte Freilassung ist nun am 8. Januar 2023 endlich Wirklichkeit geworden.

Die Puertoricanerin hat in einem Communiqué um Verständnis gebeten, dass sie sich in naher Zukunft nicht an Medienaktivitäten beteiligen werde. Auch ihre Cousine Miriam Montes-Mock, die einen wesentlichen Anteil an der Internationalen Solidaritätskampagne trug, lehnte eine Interviewanfrage ab, schrieb uns aber: «Wir sind aufgeregt und glücklich, denn endlich ist Ana Belén nach Hause zurückgekehrt.

Wie kann ich jedem einzelnen von Ihnen für die Gesten der Solidarität gegenüber meiner Cousine danken? Stellen Sie sich einen Vogel vor, der mit dem Wort (Danke) im Schnabel alle Grenzen überwinden kann. Um dieses Wort, mit der ganzen Zärtlichkeit der Völker, dann in Ihre Hände zu geben. Ich schätze Ihre ermutigenden Worte, Ihre Gedichte, Reden, Mosaike, Gemälde, Lieder, Märsche, Marathons, öffentlichen Auszeichnungen, Blumen, Messen, Gebete,

Gemeinschaftsarbeiten in ihrem Namen, kleine und grosse Geschenke und so viele kreative Wege, ihr zu zeigen, dass Sie an sie denken, sie bewundern und lieben. Ich denke, dass jede Ihrer Ausserungen in der Stille ihrer Gefangenschaft für Ana eine ersehnte Umarmung aus der Ferne und das Versprechen einer wohlwollenden Zukunft bedeutete. Stellen Sie sich nun ihre unmenschliche Gefangenschaft in Weiss und Grau vor. Nur Weiss und Grau, nur Beton und Plastik. Zwei Jahrzehnte ohne Kontakt zur Natur, ohne geliebte Stimmen, ohne Schönheit. Die Liste der Entbehrungen ist unvorstellbar, grausam und vernichtend.

Ana Belén hat gerade eine notwendige Phase der Erholung begonnen. Nah an der Natur. Ein Tag nach dem anderen. Schritt für Schritt, in ihrem eigenen Tempo, mit ihrem Stillhalten

und ihren Erwartungen. Sie sehnt sich nach Heilung. Sich an eine andere Realität anzupassen, fast an eine andere Welt. Sich mit der Menschheit zu verbinden. Die Blätter zu berühren, den Regen zu riechen, das kühle Meerwasser und das weiche Fell eines Hundes zu spüren, die Bäume zu umarmen... Und es liegt an uns, ihr all den Frieden und die Ruhe zu gönnen, die sie braucht. Sie hat es sich verdient. Es werden wieder normalere Zeiten kommen, und ich denke, Ana wird sich dann in ihren eigenen Worten bei Ihnen bedanken wollen. Schicken Sie ihr in der Zwischenzeit Liebe und Anerkennung; das wird sie sicher zum Lächeln bringen.» Ana ist frei. Andere politische Gefangene wie Mumia Abu-Jamal oder Leonard Peltier sitzen nach Jahrzehnten der Gefangenschaft immer noch in US-Kerkern. Sie dürfen nicht vergessen werden!

### Lokalgruppe in Zürich gegründet

Im letzten Jahr haben die internationalen Spannungen enorm zugenommen. Die Schweizer Regierung hat in dieser Situation eine gewaltige Aufrüstung der Armee sowie Schritte zu einer Annäherung an den NATO-Block beschlossen. Damit trägt sie bloss zur weiteren Eskalation auf internationaler Ebene bei. Demgegenüber sind die Friedenskräfte in der Schweiz und in Europa zersplittert und konnten der Aufrüstungswelle und Kriegshetze kaum etwas entgegensetzen. Um das zu ändern, brauchen wir eine starke Friedensbewegung in der Schweiz. Eine Möglichkeit dazu ist, in den verschiedenen Regionen lokale Friedensgruppen aufzubauen und dort aktiv zu werden.

In Zürich wurde am 8. Februar eine Lokalgruppe der Schweizerischen Friedensbewegung SFB gegründet. Fünfzehn Friedensbewegte kamen am 8. Februar zusammen und diskutierten darüber, wie man die Kampagnen und Aktionen der SFB auf lokaler Ebene umsetzen kann. Grosses Thema war die Vorbereitung auf die Friedensdemo vom 25. Februar.

Wenn du in der Region Zürich wohnst und Teil der neuen Lokalgruppe werden willst oder wenn du in deiner Region auch eine SFB-Guppe gründen möchtest, melde dich unter: mail@friedensbewegung.ch

**Unsere Welt 7** März 2023

#### **US-Wirtschaftskrieg**

### Sanktionen töten!

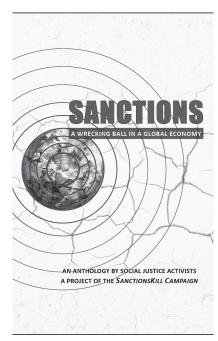
Die USA weiten ihre häufig eingesetzte Waffe der Sanktionen mit verheerenden Auswirkungen aus. Über 40 Länder sind mittlerweile direkt von diesen einseitigen Massnahmen betroffen. Nahezu jedes Entwicklungsland, das Sozialprogramme für seine Bevölkerung durchführt oder eine Aussen- und Wirtschaftspolitik verfolgt, die den Interessen der USA zuwiderläuft, wird zur Zielscheibe. Die internationale SanctionsKill-Kampagne versucht, über die Problematik von Sanktionen aufzuklären. Im Folgenden veröffentlichen wir das Vorwort ihres neuen Buches.

Sanktionen sind keine Alternative zum Krieg. Sie sind vielmehr eine Form der Kriegsführung, die sich bewusst gegen die wehrloseste Zivilbevölkerung richtet - gegen Jugendliche, ältere Menschen, Kranke und Behinderte. In einer Zeit, in der die technischen Mittel zur Bekämpfung von Hunger und Krankheiten zur Verfügung stehen, ist es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Hunderten von Millionen Menschen die Versorgung mit dem Nötigsten vorzuenthalten. Das Völkerrecht und die internationalen Konventionen, darunter die Genfer und die Nürnberger Konvention, die Charta der Vereinten Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, verbieten ausdrücklich die gezielte Tötung von wehrlosen Zivilisten, insbesondere in Kriegszeiten.

#### **Sanktionen und Pandemie**

Die USA nutzten die COVID-19-Pandemie, um die sanktionierten Länder, denen systematisch der Zugang zu Impfstoffen und medizinischer Notversorgung verweigert wurde, weiter zu bestrafen. Nicaragua zum Beispiel war das einzige Land in Mittelamerika, dem der Zugang zu den Impfstoffen der USA und der EU verweigert wurde.

Im Frühjahr 2020 startete SanctionsKill eine Online-Kampagne, um die Bereitstellung von medizinischer Notversorgung, insbesondere für sanktionierte Länder, zu fordern. Die globale Pandemie COVID-19 hatte die Probleme dieser Länder bei der Versorgung mit lebenswichtiger medizinischer Ausrüstung verschärft. Gleichzeitig wurden öffentliche Versammlungen und Demonstrationen unterbunden, da die Länder gewaltsam isoliert wurden.



Das Buch «Sanctions: A Wrecking Ball in a Global Economy» kann bestellt werden unter: www.linktr.ee/friedensbewegung

China reagierte auf die weltweite Pandemie mit einer massiven Lieferung von mehr als zwei Milliarden Dosen COVID-19-Impfstoff. Noch wichtiger ist jedoch, dass China die Patente, Technologien und Rohstoffe nicht nutzte, um die Herstellung von Impfstoffen unzugänglich zu machen, sondern sie vielen anderen Ländern zur Verfügung stellte, damit diese ihre eigenen Impfstoffe herstellen konnten. Das kleine, sanktionierte Kuba verfolgte dieselbe Politik der gemeinsamen Nutzung von Ärzten, medizinischem Fachpersonal und des Zugangs

zu Impfstoffen in Afrika, Lateinamerika und der Karibik.

#### Hungerkrise verschärft

Russland und die Ukraine liefern zusammen 30 Prozent der weltweiten Weizenexporte. Russland ist auch ein wichtiger Lieferant von anderen Grundgetreidearten, Ölsaaten, Pflanzenölen und Düngemitteln.

Die durch die US-Sanktionen ausgelösten Verwerfungen verschärfen die bereits bestehende weltweite Nahrungsmittelkrise. Die vom Westen erzwungene koloniale Ungleichheit hatte bereits zu Entwicklungsproblemen geführt. Die Unterbrechung der globalen Versorgungsketten durch die COVID-19-Pandemie hat die Krise noch verschärft.

Am stärksten betroffen von den vom Westen verhängten Sanktionen sind die ärmsten Länder. Diese Länder, die hauptsächlich in Afrika oder Asien liegen, haben weniger Möglichkeiten, sich gegen die steigenden Kosten für Getreide, Dünger und Treibstoff zu wehren.

Der heftige wirtschaftliche Sog zieht diese Länder in den Abgrund. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzt, dass im Jahr 2020 weltweit 811 Millionen Menschen von Hunger bedroht sind und im Jahr 2021 weitere 118 Millionen. Die beispiellose weltweite Inflation der Lebensmittelpreise wird die Zahl der Hungernden noch erhöhen. Lebensmittelimporte aus der Schwarzmeerregion sind für 35 afrikanische Länder überlebenswichtig.

Da Russland ein so grosses Land mit einem enormen Reichtum an natürlichen Ressourcen ist, können Sanktionen, die andere Länder vom Handel mit Russland abschneiden, diesen Ländern mehr schaden als Russland selbst. In Europa herrscht eine Wirtschaftskrise, und es mehren sich die Anzeichen, dass die antirussischen Sanktionen in Nordamerika ernsthafte Schwierigkeiten verursachen.

Westliche Ökonomen sind sich des Ausmasses und der Ursachen dieser fabrizierten und politisch motivierten Nahrungsmittelkrise durchaus bewusst. So warnte der Präsident

der Weltbank, David Malpass, vor einer «menschlichen Katastrophe» aufgrund des Rekordanstiegs der Lebensmittelpreise, der Hunderte von Millionen Menschen in die Armut treiben wird.

#### **Welt akzeptiert Sanktionen** nicht

Bislang haben die BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) den Handel untereinander beschleunigt. Dem aufkommenden Widerstand schlossen sich alle Länder Afrikas, der grösste Teil Lateinamerikas und die wichtigsten asiatischen Länder an, darunter Pakistan, Afghanistan, ein Teil der ehemaligen Sowjetrepubliken sowie der Iran, Irak, Syrien und Libanon. Diese souveränen Staaten führen ihren Handel mit Russland fort und setzten sich über die Forderungen der USA

Zu diesem Zeitpunkt ist ein neues Bewusstsein und eine völlig andere internationale Kampagne gegen einen eskalierenden hybriden wirtschaftlichen und militärischen Weltkrieg erforderlich. Wird aus dieser Konfrontation mit der Macht der US-Konzerne eine rauere, geteilte und ärmere Welt hervorgehen? Können sich die Nationen im globalen Süden durch Zusammenarbeit und Planung gegen die von den USA inszenierte Zerstörung wehren? Sollten die USA Reparationen für die von ihnen verhängten Sanktionen zahlen? Welche Rolle kann die internationale Solidarität der Arbeiterbewegungen in diesem entstehenden Kampf spielen?

Das Buch «Sanctions: A Wrecking Ball in a Global Economy» diskutiert solche Fragen und soll den Lesern helfen, die Auswirkungen von Sanktionen auf einzelne Länder zu verstehen. Die Autoren dieses Buches spiegeln die wachsende Opposition gegen endlose US-Kriege wider und tragen dazu bei, den Organisationen eine Stimme zu geben, die sich mit dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung solidarisieren.

Übersetzung/Kürzung: UW

### **Geschichten in der Geschichte Vietnams** Begegnungen

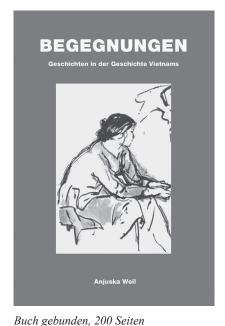
Von Anjuska Weil

Begegnungen mit alten Menschen in Vietnam sind etwas Besonderes, immer auch ein Stück Geschichte, gelebte, persönliche Geschichte, welche sich in die grosse Geschichte des Landes einfügt. Die Begegnungen mit den Menschen in diesem Buch sind keine eigentlichen Biografien. Vielmehr erfahren wir durch die Berichte, was die Erzählenden in schweren Zeiten ihres Landes erlebt und erlitten haben, wie sie sich engagiert einbrachten, was ihr Beitrag war. Sie lassen uns teilhaben an ihrem Blick auf die Ereignisse jener Zeit. Die Schilderungen zeichnen Lebenswege ohne Pathos, in der bescheidenen Art jener, die Grosses geleistet und es einfach als ihre Aufgabe gesehen haben und noch heute so sehen. Diese Menschen haben es verdient, vom Alltag nicht überrollt und vergessen zu werden. Gleichzeitig geben die Berichte seltene Einblicke und sind so eindrücklich, dass sie einer interessierten Leserschaft zugänglich gemacht werden sollen. Deshalb dieses Buch, das eine Frucht langjähriger Kontakte ist.

#### «Alltags-Poeten»

Die Geschichten, die gleichzeitig Geschichte sind – zum Teil Geschichte der Befreiung Vietnams, zum anderen des Umgangs mit menschlichem Leiden und einem Alltag der Entbehrungen - sind mit weiteren Porträts ergänzt. Ferner enthält das Buch generellere Beiträge, die den Kontext der Lebensberichte ergänzen. So wird die lange Periode des grossen Mangels und der Rationierung geschildert. Die Realität der vietnamesischen Kontraktarbeiter in Neukaledonien unter der französischen Kolonialherrschaft ist ein weiteres Kapitel kaum bekannter Geschichte.

Die Gedichte sprechen eine nochmals andere Ebene an. Gedichte schreiben hat in Vietnam Tradition als Ausdrucksform für Gefühle. Gedichte schreiben wird auch heute noch in der Schule gelehrt und gelernt, es hat in schweren Zeiten und Situationen immer wieder geholfen, mit der Realität umzugehen. So sind die Gedichte in diesem Buch nicht von bekannten Dichtern verfasst, sondern von «Alltags-Poeten». So einer ist der Cyclo-Fahrer Bui Huu Tran in Hué.



Preis CHF 28.-

Bestellungen bei info@vsv-asv.ch oder direkt bei der Autorin: a.weil@sunrise.ch

Das Frauen-Trio «TRËI» musizierte auf der Jubiläumsfeier der BFFF. Quelle zVg.

## 70 Jahre Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt

Von Valérie Bolliger-Martin

Die Gründerinnen der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt (BFFF) von 1952 hätten bestimmt ihre helle Freude an den vielen Gleichgesinnten Freundinnen aus Deutschland, Luxemburg und den interessierten Menschen gehabt, die unserer Einladung Folge geleistet haben und an die Feier in den Schmiedenhof gekommen sind. Die Begrüssungsworte von Franziska Genitsch, die tiefgründigen Texte und Gedichte die von Christiane Moine sehr professionell vorgetragen wurden, sind mit grosser Aufmerksamkeit aufgenommen worden. Für mich entsprach der Rahmen dieser Feier absolut dem Geist, den die Frauen der ersten Stunde, kurz nach dem 2. Weltkrieg, in ihrer Vereinigung lebten. Verbundenheit, Frieden, Völker verbindend, schaffen «ohne Waffen» ihr Ziel. Den Unterdrückten helfen, den vom Krieg versehrten moralisch und karitativ unter die Arme greifen, das war ihr Credo, das sie lebten. Gleichberechtigung, d.h. das Frauenstimmrecht anstreben, es wurde erst nach langem Kampf endlich 1971 wahr – wie wir wissen. Es muss noch einiges verbessert werden bis wir echte Gleichstellung haben werden (oder ist das ein Kampf ohne Ende?). Die Darbietung mit Gesang und Instrumenten des Frauen-Trios «TRËI» zeigte wunderbar auf, dass heutzutage Individualität selbstverständlich geworden und von Frauen gelebt wird. Das verkörperte für mich eindrücklich, dass sich der rigide Kampf für die Rechte der Frauen lohnt. Die Künstlerinnen und Weltbürgerinnen haben sehr viel Freude und Bewunderung verbreitet. Die Lieder und ihrer Musik, die zwar aus anderer Kultur und Sprache waren, hat gezeigt, es muss nicht alles verstanden werden, um trotzdem in den Herzen bei den Menschen anzukommen.

### Talon zum Mitbewegen

Name:	Vorname:
Strasse:	Mail (fak.):
PLZ: Wohnort:	
☐ Ich abonniere die UW (Abo-Preis	: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
☐ Ich möchte Mitglied im Verein Sc (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– i	chweizerische Friedensbewegung werden inkl. UW-Abo)
☐ Ich möchte ein Probeabonnement	der UW
☐ Ich verteile die UW. Bitte stellen aktuellen Ausgabe zu.	Sie mir gratis Exemplare der
Datum: Unterschrift: _	
7 ( 0 1 1 1 1 1 1	1 1 1 1 1

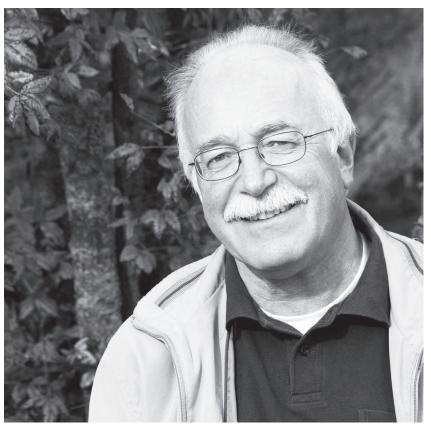
Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

**Unsere Welt 8 März 2023** 

ISSN 1423-6826 unserewelt@friedensbewegung.ch www.friedensbewegung.ch



## **Unsere Welt**



Martin Schwander. Quelle zVg.

### Vor 40 Jahren: Kalte Krieger im Bundeshaus **Die Nowosti-Affäre**

Im Jahre 1978 gründete die sowjetische Presseagentur Nowosti in Bern ein Zweigbüro. Fünf Jahre später, im Mai 1983 wurde dieses Büro von der Bundespolizei geschlossen. Der Leiter des Büros, Alexei Dumow, wurde des Landes verwiesen. Die beiden dort beschäftigten Journalisten und eine weitere Mitarbeiterin wurden entlassen. Martin Schwander war einer dieser beiden Journalisten.

#### Von Willi Egloff

#### Was genau machte diese Presseagentur in Bern?

Martin Schwander: Die Presseagentur Nowosti (APN), wie sie damals hiess, wurde 1961 unter anderem von den sowjetischen Berufsverbänden der Journalisten und der Schriftsteller und der populärwissenschaftlichen Vereinigung Znanie [=Wissen] gegründet. Erklärtes Ziel war es, im Ausland Informationen zum Alltag in der Sowjetunion zu verbreiten und aufzuzeigen, dass es auch dort ein «normales» Leben gibt, mit Sorgen und Erfolgen, mit Trauer und Glück. Etwa im Sinne von: Wenn Du siehst, dass dein vermeintlicher Feind ein Mensch ist wie du und ich, mit seinen Wünschen und Träumen, hört er auf, dein Feind zu sein. Umgekehrt wollte die APN mit einem weltweiten Korrespondentennetz ihrem eigenen Publikum genau solche Reportagen und Berichte auch aus dem Ausland vermitteln. Weil «Normalität» während des Kalten Krieges in den Medien meist nicht stattfinden durfte, wirkte die APN in dieser heftigen ideologischen Auseinandersetzung mit ihrem Auftrag sozusagen als eine Art Friedensbewegung.

#### Wie kamst Du zu dieser Presseagentur?

1965 eröffnete die Agentur in Genf ein Aussenbüro und 1978 in Bern eine Zentrale. Sie verstärkte damit ihre Tätigkeit vorab auch in der deutschen Schweiz. Ich selbst bin 1975 noch in Genf in die APN-Dienste getreten und übernahm später die redaktio-

nelle Verantwortung für die deutsche Schweiz. Unsere Tätigkeit bestand hauptsächlich in der Bearbeitung von Reportagen, Interviews etc. zu den verschiedensten Bereichen des sowjetischen Lebens, die wir dann den schweizerischen Medien zu verklickern suchten. Mit mässigem Erfolg übrigens. Ein Nebenprodukt war die tägliche Herausgabe eines Pressebulletins der sowjetischen Botschaft auf Deutsch und Französisch, auf dessen Inhalt wir aber keinen Einfluss hatten.

#### Und was geschah im April 1983?

Am 29. April 1983 rief uns unser Chef Alexei Dumow zusammen und sagte, die Agentur werde vom Bundesrat ab sofort geschlossen. Er selbst müsse übers Wochenende seine Sachen packen. Unser Chef und die sowjetischen Mitarbeitenden waren vollkommen perplex und vermuteten ein vom Ausland inspiriertes antisowjetisches Komplott; wir drei Schweizer Mitarbeitenden, Philipp, Vera und ich, sahen uns an und hatten unsere eigene Erklärung.

#### Und wie begründete der Bundesrat die Schliessung?

Er behauptete, die APN sei eine Agitationszentrale, von wo aus im Auftrag Moskaus in der Schweiz Subversion betrieben und vor allem die zu jener Zeit sehr aktive und massentaugliche Friedensbewegung gesteuert werde. Unter vielem anderem wurde der Agentur auch vorgeworfen, sie würde Jugendliche im Umgang mit Mollis unterrichten und dem Terror zuführen. Für uns Einheimische war sofort klar: Da kann es

### Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

#### **Impressum**

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel E-Mail: mail@friedensbewegung.ch Telefon: 061/681 03 63

Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi

Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich. Auflage: 3 000

nur um uns gehen. Tatsächlich stand

alles, was zunächst bruchstückhaft

durchsickerte und später mit der bis

heute ungeklärten Publikation des

geheimen Amtsberichtes der Bun-

desanwaltschaft in aller Ausführ-

lichkeit bekannt wurde, irgendwie

im Zusammenhang mit der privaten

politischen Tätigkeit von einem von

uns dreien. Es stimmte: Wir hatten

die Telefone und zum Teil auch die

übrige Büroinfrastruktur unverfroren

(und auch grauenhaft naiv) für unsere

eigene politische Tätigkeit benutzt.

In der Lesart des Kalten Krieges und

ergo des Bundesrates hiess das aber:

Die Drei haben das alles nicht aus

eigenem Antrieb getan, sondern auf

Der Journalist Urs Paul Engeler

schreibt in einem Interview im

Jahre 2006, die Schliessung des No-

wosti-Büros in Bern sei für ihn ein

Schlüsselerlebnis der beruflichen

Karriere gewesen. Er habe feststel-

len müssen, dass das Bundeshaus

höchstens einen Teil der Wahrheit

wiedergegeben habe und dass der

damals zuständige Bundesrat, Jus-

tizminister Rudolf Friedrich, das

Volk danach schamlos angelogen habe. Worauf bezieht er sich dabei?

Vermutlich auf 99% der bekannt ge-

wordenen Vorwürfe. Wir haben zu-

sammen mit der Schweizerischen

Friedensbewegung gleich nach Ver-

öffentlichung des geheimen Amts-

berichtes dieses Machwerk minutiös

auseinandergenommen und im Detail

nachgewiesen, dass die einzelnen

Vorwürfe an Philipp, Vera und mich

erstunken und erlogen und/oder dilet-

tantisch zusammengebastelt worden

waren. Ein kleines Beispiel, das nach

meiner Erinnerung damals die «Ber-

ner Zeitung» recherchiert hatte: Zwei

Mädchen haben mich laut Bundesan-

waltschaft bezichtigt, bei paramilitä-

rischen Übungen mit Molotow-Cock-

tails als Inspizient dabei gewesen

zu sein. Der Polizist, der das Verhör

geführt hatte, konnte sich auf Nach-

frage der Zeitung nicht mehr an eine

solche Aussage erinnern und auch das

entsprechende Protokoll war plötzlich

Das wirklich einzige, was an den

Aussagen des Justizministers stimmte

und was auch nie jemand bestritten

hatte war, dass Philipp, Vera und ich

als aktive KommunistInnen von un-

seren politischen Rechten auch am

Arbeitsplatz exzessiv Gebrauch ge-

Ich möchte hier noch etwas ergän-

zen bezüglich Urs Paul Engeler und

der Medien allgemein: Während am

Samstag nach der Schliessung die

Empörung über die bösen Russen

die Schlagzeilen unserer Zeitungen

dominierten, gab es schon in der

Sonntagspresse mehr Fragezeichen

als Ausrufezeichen. Hiess es im ers-

ten Moment noch: «Endlich haben

wir den Beweis für die Steuerung

aus Moskau!», wurde schon bald

immer hartnäckiger nachgefragt und

gebohrt. Auch wir selbst kamen auf

faire Weise zu Wort. Dass sich unse-

re eigene Gewerkschaft, damals die

Journalisten-Union SJU, sofort und

bedingungslos mit uns solidarisierte

und Kolleginnen und Kollegen bis

weit in die bürgerlichen Medien hi-

nicht mehr auffindbar.

macht haben.

Befehl und im Solde Moskaus.

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung

#### Wie kann ich helfen?

**Mithelfen** 

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/ oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

nein die richtigen Fragen zu stellen begannen, war für mich ein absolutes Highlight in einer sonst schwierigen Situation.

#### Welche Auswirkungen hatte die Schliessung des Büros auf Dich und Deine Kolleg\*innen?

Es war fertig lustig, natürlich. Da war einmal die monatelange Arbeitslosigkeit und dann vor allem die Stigmatisierung, die sich auch mit der kritischen Aufarbeitung der Affäre durch einen grossen Teil der Medien nicht mehr kompensieren liess. Ich war von der Ausbildung her Sozialarbeiter. Die Schlagzeilen, ich hätte Jugendliche ins Vorfeld des Terrorismus geführt, waren bei der Suche nach einer Stelle als Jugendarbeiter nicht gerade hilfreich. Andere Befürchtungen trafen im Fall meiner damals fünfköpfigen jungen Familie nicht ein: In unserem Emmentaler Dorf waren wir zwar politische Exoten, aber menschlich fassbar und gut integriert. Ganz schlimm traf die Stigmatisierung hingegen Zina, die Partnerin von Philipp Spillmann: Als die beiden eine Weile nach der Schliessung der APN heirateten, wurde ihr von der Berner Kantonalbank postwendend gekündigt: Man könne es den Kunden nicht zumuten, von einer Frau Spillmann bedient zu werden. Sippenhaft vom Gröbsten.

#### Einer der Vorwürfe war ja, dass über das Nowosti-Büro die Friedensbewegung in der Schweiz unterwandert worden sei. Hatte dieser Vorwurf Folgen für die Friedensbewegung in der Schweiz?

Der Bundesrat sprach immer ganz allgemein über die Friedensbewegung, visierte aber in Wahrheit vor allem die traditionelle «Schweizerische Friedensbewegung SFB» an, der Philipp und ich aktiv angehörten. Als Mitbegründerin des Weltfriedensrates im Jahr 1949 hatte die SFB sich stets dezidiert gegen die Ausgrenzung der Friedensbewegungen aus den sozialistischen Ländern und der Freiheitsbewegungen gewehrt. Antikommunistische Friedensbewegungen wie der Schweizerische Friedensrat taten sich denn auch meist schwer mit ihr. Als sich Bundesrat Friedrich derart auf die Friedensbewegung einschoss, gab es deshalb statt der grossen Solidarisierung zuerst einmal eine Absetzbewegung: Man monierte, bei der SFB könne ja die Moskauhörigkeit zutreffen, aber es sei unerhört vom Bundesrat, die ganze übrige Bewegung in denselben Topf zu werfen. Es war ähnlich wie später bei den Staatsschutz-Fichen: Da empörten sich die Menschen ja nicht wirklich darüber, dass Mitglieder etwa der PdA fichiert wurden, sondern dass reihenweise auch «unbescholtene» Bürgerinnen und Bürger in den Fichen der Bundespolizei landeten.

Die SFB hatte zu Beginn der achtziger Jahre einen Riesenzulauf. Die Auflage ihrer Zeitung war auf 50 000 gestiegen. Weil die anderen Friedensorganisationen während der Nowosti-Affäre mehr Energie darauf verwendeten, ihre patriotische Rechtschaffenheit unter Beweis zu stellen, statt sich mit der linken Konkurrenz zu solidarisieren, wurde die SFB durch die bundesrätliche Diffamierungskampagne sicher geschwächt.

#### Hat sich die Bundesverwaltung jemals bei Euch entschuldigt? Habt Ihr jemals eine Entschädigung erhalten?

Weder noch. Was uns auch nicht sonderlich gewundert hat. Wirklich verwundert waren wir, dass niemand von uns, trotz all dieser massiven Vorwürfe, je einen direkten Kontakt mit der Bundespolizei oder der Bundesanwaltschaft hatte. Wir wurden nie angehalten, nie verhört, geschweige denn angeklagt. Indirekt hingegen waren die Kontakte eng, wenn auch etwas einseitig: Die Bundespolizei hing in unseren Telefonleitungen, überprüfte Einzahlungen und die Post, sie kontrollierte unsere Briefkästen und selbst unsere Wäscheleinen.

#### Wie beurteilst Du das ganze Ereignis in der Rückblende? War es ein Ausrutscher unfähiger Beamter und eines überforderten Bundesrates? Oder war eine längerfristige Strategie dahinter?

Wahrscheinlich eine Kombination aus allem. Ich habe mich in den letzten Jahren sehr oft zu Recherchezwecken durch alte Akten der Bundesanwaltschaft gewühlt, etwa in Vorbereitung meines Buches über die Geschichte der SFB. Da habe ich oft gedacht, wie enorm frustrierend es für die Hundertschaften von Politpolizisten gewesen sein muss, jahre- und jahrzehntelang hinter Menschen und Organisationen nachzuschnüffeln, im wohl ehrlichen Glauben über deren Gefährlichkeit Tausende von Berichten abzulegen und nie auch nur das Geringste zu finden, das zu einer Anklage hätte führen können. Ein einziges Mal haben sie es versucht, im Prozess gegen den Hellenisten André Bonnard, dem ersten Präsidenten der Schweizerischen Friedensbewegung. Sie sind dabei schauderhaft auf die Schnüffelnase gefallen.

Auch in unserm Fall wurden ja über viele Jahre hinweg Materialien und Materiälchen zusammengetragen, zuletzt unter Justizminister Kurt Furgler. Alles wurde aber wegen fehlender «Erfolgsaussichten» immer wieder schubladisiert. Es brauchte wohl den Wechsel zum Kommunistenfresser Rudolf Friedrich und die Neuauflage des Kalten Krieges unter US-Präsident Ronald Reagan, um Bundesanwaltschaft und Bundespolizei dazu zu bringen, sich dieser Schubladen plötzlich zu bedienen und daraus ihr Lügengebilde zu konstruieren.

#### Könnte so etwas heute auch wieder passieren?

Ich möchte gerne sagen, nein. Ich sehe die Machtverhältnisse aber realistisch. Und auch in den Medien werden Ausrufezeichen immer noch schneller gesetzt als Fragen gestellt.

Quelle: Journal B

Redaktionsschluss dieser Nummer: 3. März 2023